

Ercheinungsweise:  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:  
a) im Anzeigenteil:  
die Zeile 15 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile  
ist Calw.

# Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-  
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Gernspracher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei.

Nr. 160

Mittwoch, den 13. Juli 1927

101. Jahrgang

## Kabinettsitzung über das Reichsschulgesetz

### Noch keine Entscheidung

Ul. Berlin, 13. Juli. Das Reichskabinett trat am Dienstag nachmittag zu einer Ministerbesprechung über das Reichsschulgesetz zusammen, die bis in die späten Abendstunden dauerte. Die Besprechungen führten zu keinem abschließenden Ergebnis.

Die „Tägl. Rundschau“ schreibt: In einem Berliner Abendblatt ist am Montag behauptet worden, in der Frage des Reichsschulgesetzes sei es zu einem Kompromiß zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen gekommen, das für die Deutsche Volkspartei unannehmbar sei. Infolgedessen habe Dr. Schulz im Namen seiner Fraktion erklärt, daß er sich an den Verhandlungen über das Schulgesetz nicht weiter beteiligen könne. Diese Meldung ist, wie wir bestimmt erklären können, in jeder Beziehung unzutreffend. Zwischen den Fraktionen finden nach der Vertagung des Reichstags Verhandlungen über das Reichsschulgesetz überhaupt nicht statt. Was aber das Kabinett anlangt, so ist vor diesem Forum gestern zum erstenmal der fertig abgeschlossene Entwurf des Reichsinnenministeriums beraten worden. Den bisherigen Ministerbesprechungen lag überhaupt noch kein endgültiger Entwurf zugrunde. Was die Verhandlungen selbst anlangt, so kann ihr Verlauf in keiner Weise zu der Darstellung Veranlassung geben, wie sie in dem erwähnten Blatt erschienen ist. Es handelt sich auch hier offenbar nur um eine Tendenzmeldung, wie sie in der Linkspresse in der letzten Zeit wiederholt verbreitet worden ist und zwar in dem offenkundigen Bestreben, der Regierungskoalition in dieser wichtigen Frage Schwierigkeiten zu machen. Nachdem dem Kabinett nunmehr ein endgültiger Entwurf des Reichsinnenministeriums vorgelegt worden ist, kann man damit rechnen, daß in kurzer Frist eine Entscheidung des Kabinetts fallen wird.

### Meliorationskredite.

Das Reichskabinett hat gestern beschloffen, für die Verbilligung des Zinses der aufzunehmenden Meliorationsanleihen einen Betrag von je 6 Millionen Reichsmark in den Jahren 1927 bis 1931 zur Verfügung zu stellen.

### Das Provisorium mit Frankreich

Ul. Paris, 13. Juli. Das „Journal“ will aus Berliner offizieller Quelle erfahren haben, daß der Abschluß eines

deutsch-französischen Handelsprovisoriums unmittelbar bevorsteht. Die französischen Delegierten hätten am Abend einem großen Teil der deutschen Vorschläge, insbesondere jenen, die die Einfuhr von chemischen und metallurgischen Produkten nach Frankreich erweitern, die Minimaltarife zugestimmt. Daher würden die Deutschen heute den Franzosen die Weißbegünstigung für die Gemüseeinfuhr einräumen. Das Weinkontingent würde danach auf 350 bis 400 000 Hektoliter pro Jahr kommen. Das neue Abkommen werde eine Gültigkeitsdauer von 12 Monaten haben. In Berliner politischen Kreisen hält man die Tatsache, daß das Provisorium in den nächsten Tagen unterzeichnet wird, für wahrscheinlich. Ueber die Einzelheiten der „Journal“-Meldung war noch keine Bestätigung zu erlangen.

### Die Räumungsfrage

Ul. Berlin, 13. Juli. Das Auswärtige Amt hat einer deutschen Zeitung von maßgebender Stelle, also wohl vom Reichsaußenminister selbst, eine kurze Zusammenfassung des deutschen Standpunktes in der Räumungsfrage gegeben. Es geht dabei davon aus, daß Deutschland bereit ist, in der Linie der Verständigung weiterzuarbeiten, daß wir aber nie und nimmer unsere Hand dazu bieten werden, uns auf ein Geschäft einzulassen, das die Räumung des besetzten Gebiets von großen politischen Forderungen abhängig macht, und kommt zu dem Ergebnis: „Wenn man glaubt, uns mit dem Lockapfel der Räumung in ein Locarno hineinmanövrieren oder aus uns sonst irgendwelche besonderen Zugeständnisse herauslocken zu können, so irrt man sich ganz gewaltig. Das wird nie und nimmer geschehen. Dann mögen die Franzosen eben im Rheinland bleiben bis ihre Zeit vertraglich abgelaufen ist, im Jahre 1935 ist sie zu Ende, das mögen die Franzosen berücksichtigen.“ Es ist gut und notwendig, daß die Warnung einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen wird. Das Recht auf die Besetzung verliert für die Franzosen von Tag zu Tag an Wert, und wenn sie es auch in diesem Falle vorziehen, ihre Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag nicht einzufüllen, so können wir sie nicht daran hindern, werden aber für unsere Gesamteinstellung Frankreich gegenüber unsere Folgerungen daraus ziehen.

## Wandervelde über die Locarno-Politik

### Außenpolitische Debatte in der belgischen Kammer

Ul. Brüssel, 13. Juli. Bei den Staatsberatungen für das Außenministerium kam es gestern in der belgischen Kammer zu einer großen außenpolitischen Debatte. In dieser bemerkte der liberale Abg. Janjon, der Belgien im Völkerbund vertritt, daß nach seiner Ansicht in Deutschland der Revanchekrieg vorbereitet werde. (1) Dies dürfe aber Belgien an der Fortsetzung der Völkerbundspolitik nicht hindern. Wandervelde benutzte verschiedene Anfragen zu einer großangelegten Erklärung über die belgische Außenpolitik. Im Rahmen einer Kritik der Genfer Weltwirtschaftskonferenz betonte er, daß die Annahme des neuen französischen Zolltarifs die belgischen Industriellen zwingen müßte, sich neue Absatzmärkte zu suchen. Die Unterbrechung der französisch-belgischen Wirtschaftsbeziehungen sei aber vor allem auf den Wunsch der französischen Regierung zurückzuführen, vorläufig erst die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen zum Abschluß zu bringen. Bei den verschiedenen Interessen käme es doch auf einen Generalnamen hinaus. Die Genfer Abbrüstungsverhandlungen hätten nach Wanderveldes Ansicht keine Abrüstung, sondern eine mehr oder weniger verdeckte Aufrüstung gebracht. Belgien sei für eine aktive Friedenspolitik, die nur durch ehrliche Abrüstung wenn auch in verschiedener Gestalt erfolgreich werden könnte. Die belgische Regierung sehe in dem französisch-belgischen Militärabkommen nichts weiter als eine Verdrängungsmaßnahme. Wandervelde ging nunmehr zur Locarnopolitik über und erklärte, daß er sich über Stresemann's Erklärungen in Oslo, daß kein verantwortlicher Deutscher an einen Revanchekrieg denke, gefreut habe. Mit Nachdruck betonte der Minister, daß die noch bestehenden Schwierigkeiten zwischen den Locarnomächten von dem Geist ihres Friedenspaktens überunden werden würden. Zwischen

Poincare und Stresemann bestehe der Unterschied, daß der deutsche Außenminister von unerlässlicher Wiedergutmachung und der französische Ministerpräsident von übermäßigen und verfrühten Forderungen spreche. Belgien stelle an Deutschland immer noch die Forderung, die Frage der Besatzungsmärkte endlich zu regeln. Belgien wünsche eine gerechte und konziliante Politik gegenüber Deutschland zu führen. Die Wiedergutmachung müsse den Unterschied zwischen Siegern und Besiegten verwischen. Deutschland müsse gegen Belgien aber auch gerecht sein und für das Aufhören der endlosen Kriegsschuldproteste sorgen.

### Neuer deutscher Schritt in Brüssel

Ul. Brüssel, 13. Juli. Gesandter v. Keller hat gestern einen neuen Schritt bei Wandervelde unternommen und ihn nochmals ersucht, ihm die Unterlagen für die deutschlandfeindliche Rede des Kriegsministers de Brocqueville bekanntzugeben. Die diplomatischen Verhandlungen dauern an.

### Annahme des franz. Wahlreformgesetzes

#### Das Provinzialwahlrecht von der Kammer angenommen

Ul. Paris, 13. Juli. Die französische Kammer nahm gestern morgen gegen 4 Uhr nach einer Nachtigung mit 202 gegen 88 Stimmen den Gesetzentwurf zur Wiedereinführung des Provinzialwahlrechts mit 611 Abgeordneten in zwei Wahlgängen an.

#### Das Kabinett Poincare in Gefahr?

Nachdem es den Anhängern des Kreiswahlrechts dank ihrer eigenen Disziplin gelungen ist, die Wahlrechtsreform mit ziemlicher Mehrheit durchzudrücken, wendet sich das politische Interesse der Frage zu, ob das Kabinett Poincare die für heute angekündigte Schließung der ordentlichen Parlamentssession überleben wird. Poincare hat gerade in seiner Eigenschaft als Finanzminister in der letzten Zeit

## Tages-Spiegel

Das Reichskabinett hat sich gestern offiziell mit dem Schulgesetzentwurf befaßt.

In Berlin rechnet man mit einem baldigen Abschluß des neuen Handelsprovisoriums mit Frankreich.

Zum ersten Mal nach dem Kriege sind deutsche Kriegsschiffe zu einem fünftägigen Besuch in Danzig eingetroffen.

Anlässlich einer außenpolitischen Aussprache in der belgischen Kammer nahm Wandervelde das Wort zu Ausführungen über die Locarno-Politik und die deutsch-belgischen Beziehungen.

Das Gesetz über die Wahlreform ist gestern von der französischen Kammer angenommen worden.

Die Westnotifikationskonferenz hat ihre Tagung mit der Einrichtung eines internationalen Hilfsverbandes beendet.

manchen unerwarteten Mißerfolg erlitten, doch war noch keine Niederlage derart, wie sie die Finanzkommission dem Ministerpräsidenten bereite, trotzdem er die Weigerung aussprach, die Budgetkredite zu überschreiten. Schon seit Tagen ist in den Wandelgängen der Kammer die Meinung verbreitet, die treuesten Anhänger Poincares, das Zentrum und die Rechte würde ihrem Kerger über die Niederlage in der Wahlrechtsreform an Poincare auslassen und sich auch durch wahltaktische Rücksichten nicht dazu verstehen können, der beamtenfreundlichen Mehrheit der Finanzkommission, die sich für eine weitgehende Nachzahlung der Besoldungserhöhung aussprach, ein glattes Nein entgegenzusetzen. In der Erkenntnis der Gefahr, in der das Kabinett Poincare schwebt, ruft die gesamte Reichspresse die ihm nahestehenden Parteien zur Rettung Poincares auf.

In der gestrigen Kammerberatung, die nur von wenigen Deputierten besucht war, ging es bei der Beratung der Unfallversicherung völlig ruhig zu. Die Krise scheint überwunden zu sein. Im Parlament macht sich Ferienstimmung breit. Der Eindruck verstärkt sich, daß es Poincare bei der heutigen entscheidenden Abstimmung wieder gelingen wird, die nötige Mehrheit auf sich zu vereinigen. Bezeichnend dafür ist der gestrige Beschluß der Radikalen, den Wünschen der Beamten und Pensionäre zu entsprechen, wenn das Gleichgewicht des Etats keine Störung erfahren sollte. Dem Senat liegt nunmehr die Wahlreform vor, so daß nach Erledigung der Zusatzkredite für Beamte und Pensionäre das Parlament am 15. Juli in die Ferien gehen dürfte.

### Aus dem Sächsischen Katastrophengebiet

#### Voraussichtlich keine weiteren Todesopfer.

Ul. Dresden, 13. Juli. An den Unglücksstätten im Mügglitz- und Gottlobatal sind seit vorgestern weitere Todesopfer nicht mehr gefunden worden, so daß man annehmen kann, daß die bereits gemeldete Zahl von 145 als endgültige Todesziffer anzusehen ist. Der Sachschaden wird nach vorläufigen amtlichen Schätzungen mit 50-60 Millionen Mark angegeben. Die Wiederherstellungsarbeiten, für die man voraussichtlich 2 Jahre brauchen wird, werden nach einem Generalbebauungsplan ausgeführt werden, bei dessen Aufstellung die jüngsten Erfahrungen verwertet werden.

### Erdbebenkatastrophe in Palästina

Ul. London, 13. Juli. Nach Meldungen aus Jerusalem wurde Palästina gestern von einem Erdbeben heimgesucht, durch das großer Schaden angerichtet wurde. Die Zahl der Todesopfer beträgt bisher 56, die der Verletzten über 250. Besonders schwer scheint die biblische Stadt Sichen, wo allein 20 Personen getötet wurden, mitgenommen zu sein. In Jerusalem ist die Villa des Feldmarschalls Lord Plummer vollständig eingestürzt, während die neue hebräische Universität und die Allenby-Brücke, das Postgebäude, das zionistische Hauptquartier und die Kirchenmissionsgesellschaftsschule schwer beschädigt wurde. Auf dem Delberg stürzten mehrere Häuser ein, ebenso in Ain-Narim, dem Geburtsort Johannes des Täufers, wobei mehrere Personen unter den Trümmern begraben wurden.

Die „Exchange Telegraph“ aus Jerusalem meldet, hat sich die Zahl der Erdbebenopfer in Palästina auf 108 Tote und 345 Verletzte erhöht. Nach einem Telegramm aus Kairo sollen sogar über 1000 Tote zu beklagen sein.





